Objekttyp: **Issue**

Zeitschrift: **Schweizerisches Handelsamtsblatt = Feuille officielle suisse du commerce = Foglio ufficiale svizzero di commercio**

Band (Jahr): **35 (1917)**

Heft 181

PDF erstellt am: **27.04.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Bern
Montag, 6. August
1917

Schweizerisches Handelsamtsblatt

Berne
Lundi, 6 août
1917

Feuille officielle suisse du commerce · Foglio ufficiale svizzero di commercio

Erscheint 1—2mal täglich — XXXV. Jahrgang — XXXVme année — Paraît 1 ou 2 fois par jour

Redaktion u. Administration im Schweiz. Volkswirtschaftsdepartement — Abonnements: *Schweiz:* Jährlich Fr. 12.20, halbjährlich Fr. 6.20 — *Ausland:* Zuschlag des Porto — Es kann nur bei der Post abonniert werden — Preis einzelner Nummern 15 Cts. — Annoncen-Regie: Publicitas A. G. — Insertionspreis: 30 Cts. die fünfgespaltene Petitzeile (Ausland 40 Cts.)

№ 181

Rédaction et Administration au Département suisse de l'économie publique — Abonnements: *Suisse:* un an fr. 12.20, un semestre fr. 6.20 — *Etranger:* Plus frais de port — On s'abonne exclusivement aux offices postaux — Prix du numéro 15 Cts. — Régie des annonces: Publicitas S. A. — Prix d'insertion: 30 cts. la ligne (pour l'étranger 40 cts.)

Inhalt: Handelsregister. — Getreideernte des Jahres 1917.
Sommaire: Registre du commerce. — Récolte des céréales en 1917. — Vente du fourrage de Quaker.

Amtlicher Teil — Partie officielle — Parte ufficiale

Handelsregister — Registre de commerce — Registro di commercio

I. Hauptregister — I. Registre principal — I. Registro principale

Zug — Zoug — Zugo

1917. 18. Juli. Unter dem Namen **Pensionskasse der Beamten und Angestellten des Kantons Zug** besteht mit Sitz in Zug auf unbestimmte Dauer eine Genossenschaft, welche ihren Mitgliedern und deren Hinterlassenen unter Mithilfe des Staates die Ausrichtung von Pensionen bezweckt. Die Statuten sind am 6. Januar 1916 festgestellt worden. Der Genossenschaft können beitreten die gegenwärtigen und die neu in den Staatsdienst tretenden Beamten und Angestellten des Kantons Zug, welche auf die verfassungsmässige Amtsdauer gewählt sind und eine fixe Besoldung von mindestens Fr. 1000 beziehen. Als Mitglieder der Pensionskasse können auch Beamte und Angestellte von öffentlich-rechtlichen zugerischen Gemeindeverbänden aufgenommen werden, sofern die betreffende Gemeindebehörde sich für den Beitritt ihrer Beamten und Angestellten gemäss Art. 3 der Statuten verpflichtet und die in Art. 11 der Statuten der Gemeindebehörde überbundene Leistung auf sich nimmt. Der Beitritt erfolgt durch eine schriftliche Eintrittserklärung an den Vorstand und Unterzeichnung der Statuten. Die Mitgliedschaft mit Rechten und Pflichten beginnt nach Ablauf des Monats, in welchem die Aufnahme stattgefunden hat und nach Leistung des Eintrittsgeldes. Vom Beitritte sind ausgeschlossen: a) Beamte und Angestellte, deren anrechenbare Besoldung weniger als Fr. 1000 beträgt; b) Beamte und Angestellte, die wegen ihrer Anstellung einer andern gleichartigen vom Staate subventionierten Institution angehören; c) Beamte und Angestellte, welche sich im Zustande dauernder Krankheit oder Invalidität befinden. Die Mitglieder haben bei der Aufnahme in die Genossenschaft und sodann während der Dauer ihres Staatsdienstes an die Kasse zu entrichten: a) Ein einmaliges Eintrittsgeld von Fr. 50 nebst Fr. 5 für jedes über das zwanzigste Lebensjahr hinaus zählende Altersjahr; b) einen ordentlichen Jahresbeitrag von 2 % der anrechenbaren Besoldung. Als anrechenbare Besoldung gilt der fixe Gehalt unter Zurechnung des Mietwertes einer allfälligen freien Dienstwohnung. Das Maximum der anrechenbaren Besoldung beträgt Fr. 4000; für den diese Summe übersteigenden Betrag des wirklichen Gehaltes werden weder Beiträge erhoben noch Pensionen ausgerichtet. Solange die Auflösung der Genossenschaft nicht beschlossen ist, steht jedem Mitgliede der Austritt frei; er darf jedoch nur auf Schluss des Rechnungsjahres nach vorausgegangener vierwöchiger Kündigung erfolgen. Den aus ihrer amtlichen oder dienstlichen Stellung und damit aus der Pensionskasse austretenden Mitgliedern werden beim Austritte ihre eigenen Einlagen, ohne Anrechnung des Staatsbeitrages und ohne Zinsen zurückbezahlt. Die austretenden Mitglieder haben keine weitern Anrechte an dem Genossenschaftsvermögen. Eine Rückzahlung der eigenen Einlagen, ohne Zins, hat auch zu erfolgen, wenn ein lediges, aktives Mitglied stirbt, das Eltern hinterlässt, sowie wenn ein Witwer als aktives Mitglied stirbt und Eltern oder Kinder hinterlässt, welch letztere alle wegen Volljährigkeit nicht pensionsberechtigt sind. Wenn der Verstorbene weder Kinder noch Eltern hinterlässt, sind die Rückzahlungen an dessen Geschwister oder deren Kinder zu leisten, falls solche mit ihm in einer Haushaltung zusammenlebten, von ihm unterstützt wurden oder sich sonst nicht in günstigen Verhältnissen befinden. Das Vermögen der Pensionskasse wird gebildet: a) Aus dem Pensionskassafonds und dessen Zinszuwachs; b) aus den statutarischen Beiträgen der Mitglieder; c) aus dem jährlichen ordentlichen Beitrag des Staates und eventuell der Gemeinden; d) aus den Lotteriegebühren gemäss Kantonsratsbeschluss vom 14. Mai 1914; e) aus Vergabungen, Vermächtnissen und andern Einnahmequellen, welche der Kasse von seiten der Behörden oder Privaten zufliessen. Für die Verbindlichkeiten der Genossenschaft haftet nur das Genossenschaftsvermögen; die persönliche Haftbarkeit der Mitglieder ist ausgeschlossen. Die Pensionskasse ist gemäss den in den Art. 13 bis 18 der Statuten bezeichneten Spezialbestimmungen zu nachbezeichneten Leistungen an ihre Mitglieder, bzw. deren Hinterlassene verpflichtet: a) Alterspension; b) Krankenpension; c) Witwen- und Waisenpension; d) Rückzahlungen bei sonstigem Austritt. Organe der Pensionskasse sind: a) Die Generalversammlung; b) der Vorstand; c) die Vermögensverwaltung; d) die Rechnungsrevisoren. Der Vorstand besteht aus fünf Mitgliedern, Präsident, Vizepräsident, Rechnungsführer, Aktuar und ein Beisitzer. Ein Mitglied wird als staatlicher Vertreter vom Regierungsrate, die andern vier von der Generalversammlung gewählt. Der Vorstand vertritt die Genossenschaft nach aussen. Der Präsident oder der Vizepräsident führt in Verbindung mit einem Vorstandsmitgliede für die Genossenschaft die rechtsverbindliche Unterschrift. Mitglieder des Vorstandes sind: Albert Keiser, Landschreiber, von und in Zug, Präsident; Josef Kuster, Regierungssekretär, von Engelberg, in Zug, Vizepräsident; Regierungsrat Plazid Steiner, Staatskassier, von und in Baar, Rechnungsführer; Anton Hürlimann, Grundbuchverwalter, von und in Walchwil, Aktuar; Regierungsrat Dr. Hermann Stadlin-Graf, Finanzdirektor, von und in Zug, Beisitzer.

Altmaterialien, Antiquitäten, usw. — 31. Juli. Inhaber der Firma **J. Vogt** in Zug ist Josef Vogt, von Wangen (Kt. Schwyz), in Zug. Handel in Altmaterialien, Antiquitäten, usw.

Neuenburg — Neuchâtel — Neuchâtel

Bureau de La Chaux-de-Fonds

1917. 27 juillet. Dans son assemblée générale du 15 juin 1917, l'association **Société Suisse des Commerçants, Section de la Chaux-de-Fonds,** à La Chaux-de-Fonds (F. o. s. du c. des 19 février 1913, nº 42, et 14 février 1917, nº 37), a procédé au renouvellement de son comité. René Taillard, commis, de Muriaux (Berne), a été élu président, et Arnold Christen, commis, de La Chaux-de-Fonds, secrétaire, tous deux domiciliés à La Chaux-de-Fonds. Les autres membres du comité déjà inscrits restent en fonction.

Zwiebacks et farine lactée. — 28 juillet. La raison **Robert Schreiner, Manufacture suisse de Produits «Dalle»,** fabrication de zwiebacks et farine lactée, à La Chaux-de-Fonds (F. o. s. du c. du 21 mai 1906, nº 219, et 1er octobre 1915, nº 229), est radiée d'office ensuite de départ du titulaire et de faillite prononcée par jugement du tribunal de Berne en date du 12 juillet 1917.

Genf — Genève — Ginevra

Importation et exportation de rubans, soiories et articles de modes. — 1917. 1er août. Les locaux de la maison **Hartvig et Frei,** importation et exportation de rubans, soieries et articles de modes, à Genève (F. o. s. du c. du 25 août 1916, page 1318), sont actuellement: 9, Rue Lévrier.

Chemiserie, bonneterie et cravates. — 1er août. Le chef de la maison **A. Gaden,** à Genève, est Antoine-Marius Gaden, de Genève (Ville), y domicilié. Commerce de chemiserie, bonneterie et cravates. 2, Rue de Chantepoulet.

Machines à coudre, mercerie et fournitures pour couturières et tailleurs. — 1er août. La maison **Otto Weber,** à Genève (F. o. s. du c. du 8 février 1901, page 165), est radiée ensuite de remise de commerce.

La maison est continuée, dès le 1er août 1917, avec reprise de l'actif et du passif, sous la raison **Ch. Weber,** à Genève, par le fils du précédent Charles-Otto Weber, de Rümlang (Zurich), à Genève. Commerce de machines à coudre, mercerie, fournitures pour couturières et tailleurs, grs et détail. Place Kléberg.

Chemiserie, bonneterie, cols et manchettes, cravates. — 1er août. La raison **Fred. Baumgartner, Au Derby,** à Genève (F. o. s. du c. du 13 décembre 1907, page 2126), est radiée ensuite du décès du titulaire, survenu le 22 juin 1917.

La maison est continuée depuis cette date, avec reprise de l'actif et du passif, sous la raison **Vve Fred. Baumgartner, Au Derby,** à Genève, par la veuve du précédent, Madame Mario-Louise Baumgartner, née Leibbrand, d'Olten (Soleure), domiciliée à Genève. Commerce de chemiserie, bonneterie, cols et manchettes, cravates pour messieurs et dames. 19, Rue du Rhône.

1er août. Sous la dénomination de **Association alimentaire des employés de la maison Balland et Cie,** il a été constitué une société coopérative qui a pour but de fournir à ses membres seulement, les denrées alimentaires et autres objets utiles dans un ménage, dans les meilleures conditions de qualités et de prix; à cet effet, elle achète en gros et revend à ses membres au comptant et au prix de revient. Les statuts ont été dressés le 18 juillet 1917. La durée de la société est illimitée. Peuvent être actuellement membres de la société tous les employés et ouvriers de la maison «Balland et Cie». Pourra être reçue, sur sa demande, toute personne, majeure ou mineure, travaillant dans la fabrique depuis 3 mois au moins, les personnes mineures devront produire une pièce attestant l'accord des parents. Les sociétaires doivent déposer une somme de cinq francs à leur entrée dans la société. Tout employé ou ouvrier qui quitte la fabrique cesse, par ce fait, de faire partie de la société. Tout sociétaire peut se retirer de la société en donnant sa démission trois mois à l'avance. Les sociétaires sont exonérés de toute responsabilité personnelle quant aux engagements de la société, lesquels sont uniquement garantis par les biens de celle-ci. Les organes de la société sont l'assemblée générale et un comité de 9 membres au moins choisis parmi les membres majeures qui font partie de la société depuis six mois au moins et nommés par l'assemblée générale. Le comité nomme parmi ses membres un président, un vice-président, un trésorier et un secrétaire, la société est valablement engagée par deux signatures, celles du président, du vice-président, du trésorier et du secrétaire signant collectivement deux ensemble. Le comité est composé de: Jules Laessig, mécanicien, de Gy (Genève), au Petit-Saconnex, président; Raoul Sonnex, faiseur de pendants, du Grand-Saconnex (Genève), à Plainpalais, vice-président; Marc Donnier, mécanicien, de Genève, y domicilié, trésorier; Adrien Dhélens, horloger, de Genève, y domicilié, secrétaire; Ernest Engel, mécanicien, de Genève, à Plainpalais; Marc Rosset, horloger, de Bougy-Villars (Vaud), à Genève; Eugène Roux, horloger, de Genève, y domicilié; Paul Vallélian, horloger, de Le Pâquier (Fribourg), à Drize (Carouge), et Charles Vannaz, mécanicien, de Genève, y domicilié. Le siège de la société est à la Coulouvrenière (Plainpalais), dans la fabrique «Balland et Cie».

1er août. **Société Suisse pour la fabrication d'un produit Hydrofuge pour le Ciment, dit «Unistone»,** société anonyme ayant son siège à Plainpalais (F. o. s. du c. du 15 juillet 1915, page 831). Victor Mani, directeur, décédé, est radié. En outre, les bureaux de la société sont transférés: 5, Chemin des Sources.

1er août. La **Société Anonyme Suisse de Meubles Extensibles,** ayant son siège à Plainpalais (F. o. s. du c. du 13 janvier 1916, pago 57), a modifié ses statuts sur divers points notamment en ce sens que la société prend pour raison sociale: **Extensible Société Anonyme Suisse.** Elle a pour objet l'exploitation d'une invention se rapportant aux lits extensibles, ainsi que l'industrie et le commerce des bois, notamment celui des bois de fusils. Le capital social a été porté de fr. 5000 à fr. 25,000 (vingt-cinq mille francs), divisé en 50 actions de fr. 500. Pour les actes à passer ou signatures à donner,

le conseil d'administration est valablement représenté par la majorité de ses membres ou par un administrateur-délégué ou encore par un de ses membres ou toute autre personne déléguée spécialement. Les autres points modifiés ne sont pas soumis à publication. La même assemblée a composé le conseil d'administration de deux membres, qui sont: Eugène Lattard, de Carouge, assistant pharmacien, à Plainpalais (déjà inscrit), et Henri Favrod, de Plainpalais, inspecteur d'assurances, à Plainpalais.

Nichtamtlicher Teil — Partie non officielle — Parte non ufficiale

Getreideernte des Jahres 1917

(Bundesratsbeschluss vom 2. August 1917.)

A. Brotgetreide.

Art. 1. Das im Jahre 1917 geerntete Brotgetreide, nämlich Weizen, Roggen, Spelzweizen (Dinkel und Korn), sowie Mischungen dieser Getreidearten (Mischel), darf nur für die Brotversorgung des Landes und als Saatgut verwendet werden.

Es ist namentlich verboten, Brotgetreide jeder Art sowie Fabrikationsprodukte von solchem an Haustiere zu verfüttern, oder das Brotgetreide durch Mahlen, Schroten, Quetschen oder andere Manipulationen zu Fütterungszwecken zuzubereiten, oder dasselbe mit Futtergetreide und mit andern Futterartikeln zu vermischen. Verkauf und Kauf von Brotgetreide zu Fütterungszwecken ist untersagt.

An Haustiere darf nur solches Brotgetreide verfüttert werden, das nicht in mahlfähigen Zustand gebracht werden kann. Hierüber entscheidet eine durch die Kantone zu bezeichnende Amtsstelle. Zulässig ist bis auf weiteres die Verfütterung von Getreide an Hausgeflügel.

Das schweizerische Militärdepartement ist ermächtigt, ausnahmsweise und soweit absolut nötig, Bewilligungen zu erteilen, Brotgetreide und dessen Mahlprodukte zu andern Zwecken als zur Brotversorgung zu verwenden, z. B. zur Herstellung von unentbehrlichen Nahrungsmitteln, zur Fabrikation von Stärke, Hefe, Malzkaffee und für andere industrielle und gewerbliche Bedürfnisse.

Art. 2. Das gesamte inländische Brotgetreide der Ernte 1917 ist zuhanden des Kantons, in welchem es produziert wurde, beschlagnahmt.

Die Beschlagnahme erfolgt zugunsten des Wohnsitzkantons des Produzenten, wenn derselbe das Getreide auf eigenen oder gepachteten Grundstücken ausserhalb der Gemeinde- oder Kantonsgrenzen angebaut hat. Solches Getreide ist der Wohnsitzgemeinde des Produzenten zuzuteilen.

Ueber das beschlagnahmte Getreide darf nicht eigenmächtig verfügt werden. Kauf und Verkauf, überhaupt jede Handänderung, ist verboten. Es dürfen auch keinerlei Veränderungen an demselben vorgenommen werden, die eine Verwendung zur Brotbereitung beeinträchtigen.

Privatrechtliche Abmachungen über das Brotgetreide der Ernte 1917 (Käufe, Verkäufe usw.), die vor Inkrafttreten dieses Beschlusses abgeschlossen wurden, sind nichtig.

Gestattet ist bloss die Verwendung von Getreide zur ausschliesslichen Selbstversorgung des Produzenten mit Brot und Mehl nach Massgabe der zu erlassenden Vorschriften über die Brotrationierung.

Ueber die Verwendung von Getreide zu Saatzwecken werden besondere Bestimmungen erlassen.

Art. 3. Ueber das inländische Brotgetreide, soweit es nicht zu Saatzweeken Verwendung findet und den bezüglichen besonderen Bestimmungen unterliegt, wird die Bahntransportsperre verhängt. Solches Getreide darf von Eisenbahnen und Dampfschiffen nur zum Transport angenommen werden gestützt auf eine schriftliche Bewilligung, welche für jeden einzelnen Fall seitens derjenigen Kantonsregierung, auf deren Gebiet das Getreide produziert wurde, zuhanden des Stationsvorstandes auszustellen ist.

Art. 4. Die Besitzer sind verpflichtet, das beschlagnahmte Getreide rechtzeitig zu ernten, zweckmässig aufzubewahren, für seine gute Instandhaltung und Besorgung alle erforderlichen Massnahmen zu treffen, das Getreide zeitgemäss auszudreschen und Getreide, das nicht gut geerntet werden konnte, durch sachgemässe Behandlung in mahlfähigen Zustand zu bringen. Die betreffenden Besitzer sind für jeden Schaden, der infolge Nichtbeachtung dieser Vorschriften entsteht, persönlich verantwortlich.

Nachdem das Getreide gedroschen ist, haben die Besitzer der Gemeindebehörde die Gesamtmenge des ausgedroschenen Getreides, getrennt nach den verschiedenen Sorten, mitzuteilen.

Verheimlichte Vorräte verfallen ohne Entschädigung an den betreffenden Kanton.

Art. 5. Jede Gemeinde ist bezüglich des in ihren Grenzen produzierten oder gemäss Art. 2, Absatz 2, hiervor in ihr Gebiet verbrachten Brotgetreides verpflichtet:

a) Das Dreschen des Getreides zu überwachen und nötigenfalls Anordnungen hierüber zu treffen;

b) das schätzungsweise Ergebnis an Brotgetreide (Gewicht des ausgedroschenen Getreides) auf Grundlage der Anbaustatistik für die einzelnen Fruchtsorten zu ermitteln und das Resultat mit getrennten Angaben für Weizen, Roggen, Spelzweizen (mit den Spelzen geschätzt) und Mischel bis Ende August 1917 der Kantonsregierung mitzuteilen;

c) die richtige Besorgung und Aufbewahrung des Getreides zu überwachen und nötigenfalls geeignete Massnahmen zur Instandstellung von schadhaftem Getreide zu ergreifen;

d) über die beschlagnahmten Vorräte jedes Produzenten Buch zu führen und deren unverminderte Erhaltung zu kontrollieren;

e) verheimlichte Vorräte zuhanden der Kantonsregierung zu konfiszieren.

Art. 6. Die Kantone haben von sich aus alle Massnahmen zu treffen, um das in ihrem Gebiete produzierte oder dorthin verbrachte Brotgetreide für die Brotversorgung nutzbar zu machen. Im besondern haben sie die Aufgabe:

a) Die Mitteilungen der Gemeinden über das schätzungsweise Ergebnis der Ernte an Weizen, Roggen, Spelzweizen und Mischel zusammenzustellen und dem schweizerischen Militärdepartement in der ersten Hälfte September zur Kenntnis zu bringen;

b) durch geeignete Kontrollen dafür zu sorgen, dass das Brotgetreide richtig besorgt und nicht vorschriftswidrig verwendet wird.

Art. 7. Das schweizerische Militärdepartement ist ermächtigt:

a) Ueber die Enteignung und Verwendung des beschlagnahmten Getreides weitere Verfügungen zu erlassen;

b) in Verbindung mit den Kantonsbehörden Brotgetreide zu erwerben, welches nicht als Saatgut verwendet oder dem Produzenten zur Selbstversorgung überlassen wird;

c) die Vorschriften der Art. 1 bis 7 dieses Beschlusses ganz oder teilweise auf anderes zur Brotbereitung geeignetes Getreide, wie Gerste, Mais, Hafer, usw. auszudehnen;

d) im Einvernehmen mit dem schweizerischen Volkswirtschaftsdepartement die Verfütterung von Brotgetreide an Hausgeflügel zu verbieten.

Art. 8. Das schweizerische Militärdepartement setzt für das inländische Brotgetreide, welches nicht als Saatgut verwendet wird, Höchstpreise fest, mit Geltung franko Bestimmungsstation. Die Festsetzung erfolgt auf Grundlage des Abgabepreises für Monopolgetreide des Bundes. Die Höchstpreise sind massgebend für die freihändigen oder die zwangsweisen Erwerbungen von Brotgetreide durch die Behörden, sowie für den Verkauf des Inlandsgetreides zu besonderen Zwecken gemäss Art. 1, Absatz 4, hiervor.

Art. 9. Das schweizerische Volkswirtschaftsdepartement wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Militärdepartement den Verkehr mit Saatgetreide jeder Art, einschliesslich Hafer, Gerste und Mais, durch besondere Verfügungen zu ordnen. Es kann die Zubereitung und Abgabe von Saatgut vorschreiben und die Preise für Saatgetreide festsetzen.

B. Hafer, Gerste und Mais.

Art. 10. Es ist verboten, ohne besondere Bewilligung des schweizerischen Militärdepartements Hafer, Gerste und Mais zu industriellen und gewerblichen Zwecken zu verarbeiten und zu verwenden. Der Verbrauch zu solchen Zwecken wird kontingentiert. Die bezüglichen Fabriken und Verbraucher oder deren Verbände haben dem schweizerischen Militärdepartement ein Zuteilungsgesuch einzureichen, unter Nachweis ihres Verbrauches vor dem Kriege.

Das schweizerische Militärdepartement ist ermächtigt, diese Bestimmungen nötigenfalls auch auf andere Körnerfrüchte, wie Einkorn und Daris, sowie auf Hülsenfrüchte und Malz auszudehnen.

Eine besondere Bewilligung ist bis auf weiteres nicht erforderlich für:

a) die Verwendung von Hafer und Gerste zur Herstellung menschlicher Nahrungsmittel gemäss Beilage zum Bundesratsbeschluss vom 8. August 1916 über die Höchstpreise für Getreide usw. und deren Mahl- und Umwandlungsprodukte, lit. C, Ziff. 2;

b) die Vermahlung von Maiskorn gemäss Verfügung des schweizerischen Militärdepartements vom 2. Juli 1917.

Art. 11. Jeder Produzent ist verpflichtet, sofort nach der Ernte der Gemeindebehörde genaue Angaben zu machen über das Ergebnis an Hafer, Gerste und Mais (Gewicht der Körnerfrüchte).

Die Gemeinden haben die Angaben zu prüfen und das Gesamtresultat bis Ende September der kantonalen Regierung mitzuteilen, welche dasselbe für den ganzen Kanton dem schweizerischen Militärdepartement bis Mitte Oktober 1917 zur Kenntnis bringt.

Verheimlichte Vorräte sind von den Gemeinden zuhanden des Kantons zu beschlagnahmen, welcher darüber verfügt.

Art. 12. Die Kantone sind verpflichtet, von den in ihren Gebieten produzierten Mengen Hafer, Gerste und Mais dem schweizerischen Militärdepartement von diesem festzusetzende Quantitäten zur Verfügung zu stellen, um die Versorgung der Armee und allenfalls anderer Kantone zu sichern.

Die Kantonsregierungen sind berechtigt, Hafer, Gerste und Mais zu diesem Zwecke nötigenfalls zu requirieren.

Art. 13. Die Kantone haben Vorschriften zu erlassen, um den Verbrauch von Hafer, Gerste und Mais möglichst einzuschränken und eine gleichmässige Verteilung zu erzielen. Sie sind verpflichtet, Anordnungen zu treffen, damit die Pferdebesitzer, die nicht genügend produzieren, wie z. B. Fuhrhaltereien in Städten, sich den nötigsten Hafer beschaffen können. Die Kantone sind ermächtigt, Hafer zu solchem Zwecke nötigenfalls zu requirieren.

Art. 14. Es ist gestattet, zu eigenem Verbrauch Hafer, Gerste und Mais beim Produzenten zu erwerben.

Art. 15. Für die Erwerbung von Hafer, Gerste und Mais zum Wiederverkauf (Handel mit diesen Artikeln) oder zur fabrikmässigen Verarbeitung und zum Verkauf der bezüglichen Produkte (siehe Art. 10, Absätze 3 u. ff.) ist eine Bewilligung des schweizerischen Militärdepartements erforderlich; sie kann auf bestimmte örtliche Kreise beschränkt werden und ist jederzeit widerruflich.

Eine solche Bewilligung wird in der Regel nur an Verbände und Organisationen von Produzenten und Händlern und an Nahrungsmittelfabriken erteilt und überhaupt nur an solche Personen und Firmen, die schon bisher regelmässig den Handel mit Hafer, Gerste und Mais betrieben haben. Die Verbände und Organisationen haben über ihre Mitglieder Aufsicht zu üben. Nichtbefolgung der von diesen Organisationen oder vom schweizerischen Militärdepartement aufgestellten Vorschriften hat sofortigen Entzug der Bewilligung zur Folge.

Art. 16. Wer eine Bewilligung zum Handel mit Hafer, Gerste und Mais und den bezüglichen Erzeugnissen besitzt, hat über den Verkehr genau Buch und Rechnung zu führen und hierüber den Kontrollorganen Aufschluss zu erteilen.

Art. 17. Für Kauf und Verkauf von Hafer, Gerste und Mais, ausgenommen Saatgut, gilt der Abgabepreis des Bundes für diese Monopolartikel als absoluter Höchstpreis, franko Bestimmungsstation.

Art. 18. Das schweizerische Militärdepartement ist ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Volkswirtschaftsdepartement den Verkauf und den Handel mit Hafer und Gerste weiter einzuschränken oder zeitweise ganz zu verbieten.

C. Straf- und Vollzugsbestimmungen.

Art. 19. Wer den Vorschriften dieses Bundesratsbeschlusses oder den vom Militärdepartement, vom Volkswirtschaftsdepartement, vom Oberkriegskommissariat oder von den Kantonen erlassenen Vollzugsvorschriften oder Einzelverfügungen zuwiderhandelt, oder diese umgeht, wird mit Busse bis auf Fr. 20,000 oder Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft. Diese beiden Strafen können verbunden werden.

Der erste Absehnitt des Bundesgesetzes vom 4. Februar 1853 über das Bundesstrafrecht der schweizerischen Eidgenossenschaft findet Anwendung.

Art. 20. Die Verfolgung und Beurteilung von Uebertretungen liegt den Kantonen ob. Sie haben durch ihre Organe die Innehaltung der vom Bundesrat, vom Militärdepartement oder vom Volkswirtschaftsdepartement erlassenen Vorschriften zu überwachen.

Das Militärdepartement ist ermächtigt, Uebertretungen der vom Bundesrat, vom Militärdepartement, vom Volkswirtschaftsdepartement oder vom Oberkriegskommissariat erlassenen Vorschriften oder Einzelverfügungen, gestützt auf Art. 19 hiervor, in jedem einzelnen Uebertretungsfalle und gegenüber jeder einzelnen der beteiligten Personen mit Busse bis auf Fr. 10,000 zu bestrafen und damit die betreffenden Uebertretungsfälle zu erledigen, oder aber die Schuldigen den kompetenten Gerichtsbehörden zur Bestrafung zu überweisen. Der Bussenentscheid des Departements ist ein endgültiger.

Das Militärdepartement kann den Tatbestand der einzelnen Uebertretungsfälle von sich aus feststellen lassen oder aber die kantonalen Behörden mit einer Untersuchung beauftragen.

Art. 21. Die Kantonsregierungen haben sämtliche in ihrem Gebiete gestützt auf gegenwärtigen Bundesratsbeschluss ergehenden Gerichtsurteile, Strafbescheide von Verwaltungsbehörden und Entscheide von Ueberweisungsbehörden sofort nach deren Erlass unentgeltlich der schweizerischen

Bundesanwaltschaft einzusenden (Art. 155 des Bundesgesetzes vom 22. März 1893 über die Organisation der Bundesrechtspflege).

Art. 22. Das schweizerische Militärdepartement ist überdies ermächtigt, bei Zuwiderhandlungen gegen diesen Beschluss oder gegen bezügliche von ihm, vom Volkswirtschaftsdepartement oder von den Kantonen erlassene oder noch zu erlassende Vorschriften, unabhängig vom Strafverfahren, Organisationen, Händlern und Fabrikanten die Handelsbewilligung bis auf die Dauer eines Jahres zu entziehen.

Gegen derartige Verfügungen des schweizerischen Militärdepartements kann innerhalb drei Tagen nach schriftlicher Eröffnung Rekurs beim schweizerischen Bundesrat eingereicht werden.

Art. 23. Das schweizerische Militärdepartement und, soweit der Verkehr mit Saatgetreide in Frage kommt, das schweizerische Volkswirtschaftsdepartement, wird mit dem Vollzug dieses Beschlusses beauftragt. Das Militärdepartement kann einzelne seiner Befugnisse dem schweizerischen Oberkriegskommissariat übertragen. Die kantonalen Regierungen haben über die Durchführung dieses Beschlusses strenge Kontrolle anzuordnen, ebenso kann das Militärdepartement selbständig oder in Verbindung mit den kantonalen Organen die Einhaltung vorstehender Bestimmungen kontrollieren.

In Kantonen, in denen die Kontrolle nicht oder nicht genügend ausgeübt wird, ist das schweizerische Militärdepartement ermächtigt, durch seine eigenen Organe auf Kosten des betreffenden Kantons kontrollieren zu lassen.

Art. 24. Dieser Beschluss tritt am 6. August 1917 in Kraft.

* * *

Récolte des céréales en 1917

(Arrêté du Conseil fédéral du 2 août 1917.)

A. Céréales panifiables

Article premier. Les céréales panifiables récoltées en 1917, savoir le froment, le seigle, l'épeautre, ainsi que leurs mélanges (méteil), ne peuvent être employées qu'en vue de l'alimentation du pays ou pour l'ensemencement.

Il est notamment interdit de donner aux animaux domestiques des céréales panifiables ou des produits fabriqués avec celles-ci; d'en acheter ou vendre à cette intention; d'en moudre, concasser, aplatir et d'en préparer de quelque manière que ce soit en vue de l'affouragement; de mélanger des céréales panifiables avec des céréales fourragères ou avec d'autres denrées fourragères.

Seules les céréales panifiables qu'il n'est pas possible de rendre propres à la mouture peuvent être données au bétail. Un office à désigner par chaque canton prendra les décisions à ce sujet. Il est permis jusqu'à nouvel ordre de donner des céréales en pâture à la volaille de basse-cour.

Le Département militaire suisse est autorisé à accorder, exceptionnellement et dans la mesure absolument nécessaire, l'autorisation d'employer les céréales panifiables et les produits de leur mouture dans d'autres buts que la fabrication du pain, p. ex. pour la préparation de denrées alimentaires indispensables, la fabrication de l'amidon, de la levure, du café de malt et dans d'autres buts industriels.

Art. 2. Toutes les céréales panifiables indigènes de la récolte de 1917 sont séquestrées au profit du canton où elles sont cultivées.

La mise sous séquestre a lieu en faveur du canton où est domicilié le producteur, lorsque celui-ci cultive des céréales sur des terrains lui appartenant ou sur des terrains affermés, situés en dehors des limites de la commune ou du canton. Ces céréales seront attribuées à la commune où est domicilié le producteur.

Il n'est pas permis de disposer, sans autorisation, des céréales séquestrées. Sont interdits l'achat, la vente et, d'une manière générale, tout transfert des céréales en d'autres mains. En outre, il est interdit de leur faire subir quelque modification que ce soit, compromettant leur emploi pour la fabrication du pain.

Les conventions de droit privé (achats, ventes, etc.) relatives aux céréales panifiables de la récolte de 1917 et conclues avant l'entrée en vigueur du présent arrêté sont annulées.

Le producteur ne peut utiliser que les céréales indispensables pour procurer le pain et la farine nécessaires aux besoins de son ménage, conformément aux prescriptions qui seront édictées au sujet du rationnement du pain.

Des dispositions spéciales seront édictées en ce qui concerne l'utilisation des céréales pour l'emblavage.

Art. 3. Le transport de céréales panifiables indigènes par chemin de fer et bateaux à vapeur est interdit. Cette interdiction ne s'étend pas aux céréales destinées à l'emblavage et soumises à des dispositions spéciales. Toutefois, les organes des chemins de fer et des bateaux à vapeur ne pourront se charger du transport de ces céréales que sur présentation, au chef de gare, d'une autorisation écrite que délivrera, dans chaque cas particulier, le gouvernement du canton dans lequel les céréales ont été récoltées.

Art. 4. Les producteurs sont tenus de récolter en temps opportun les céréales séquestrées, de les garder avec soin, de prendre toutes les mesures nécessaires en vue de leur bonne conservation, de les battre en temps opportun et de traiter comme il convient, en vue de les rendre propres à la mouture, celles dont la moisson n'a pas pu se faire dans de bonnes conditions. Les producteurs sont personnellement responsables de tout dommage provenant de l'inobservation de ces prescriptions.

Après le battage, les producteurs devront indiquer à l'autorité communale la totalité du grain obtenu, en précisant la quantité de chaque espèce.

Les quantités dissimulées sont dévolues au canton intéressé qui ne doit alors aucune indemnité.

Art. 5. Relativement aux céréales panifiables récoltées sur son territoire ou amenées sur celui-ci en vertu du 2e alinéa de l'article 2, toute commune est tenue: a) de contrôler le battage des céréales et, au besoin, de prendre des mesures à ce sujet; b) d'évaluer le résultat probable de la récolte, d'après la statistique des terrains cultivés en diverses espèces de céréales (poids du grain battu) et de communiquer jusqu'à la fin du mois d'août 1917 au gouvernement du canton le résultat de cette estimation, en faisant le départ entre le froment, le seigle, l'épeautre (avec les balles) et le méteil; c) de veiller à ce que les céréales soient bien entretenues et bien conservées et de prendre, le cas échéant, les mesures qui s'imposent pour remettre en bon état celles qui se trouvent dans de mauvaises conditions; d) de tenir un contrôle des stocks séquestrés de chaque producteur et de veiller à ce que ces stocks soient conservés dans leur totalité et qualité; e) de confisquer au profit de l'autorité cantonale tous les stocks dissimulés.

Art. 6. Les cantons doivent prendre d'eux-mêmes les mesures nécessaires en vue d'utiliser pour l'alimentation en pain toutes les céréales panifiables récoltées ou amenées sur leur territoire. Ils sont notamment chargés: a) de récapituler les déclarations des communes relativement à la récolte probable de froment, de seigle, d'épeautre et de méteil et d'en faire part au Département militaire suisse dans la première moitié du mois de septembre; b) de veiller, par un contrôle approprié, à ce que les céréales panifiables soient bien conservées et ne soient pas employées contrairement aux prescriptions.

Art. 7. Le Département militaire suisse est autorisé: a) à prendre d'autres décisions quant à l'expropriation et l'utilisation des céréales séquestrées; b) à acquérir, de concert avec les autorités cantonales, les céréales panifiables qui ne sont pas utilisées pour l'emblavage ou sont laissées au producteur pour son propre usage; c) à appliquer, en totalité ou partiellement, les prescriptions des articles 1 à 7 du présent arrêté à d'autres espèces de céréales panifiables, comme l'orge, le maïs, l'avoine, etc.; d) à interdire, d'entente avec le Département suisse de l'économie publique, l'alimentation de la volaille de basse-cour au moyen de céréales panifiables.

Art. 8. Le Département militaire fixe, pour les céréales panifiables non destinées à l'ensemencement, des prix maxima, franco gare de destination. Ces prix sont établis sur la base de ceux auxquels la Confédération vend les céréales monopolisées. Les prix maxima font règle pour les acquisitions à l'amiable ou pour l'expropriation de céréales panifiables ainsi que pour la vente de céréales indigènes en vue d'usages spéciaux, conformément à l'article 1er, 4e alinéa.

Art. 9. Le Département suisse de l'économie publique est autorisé, d'entente avec le Département militaire, à régler le trafic des céréales destinées à l'ensemencement, y compris l'avoine, l'orge et le maïs. Il peut ordonner la préparation et la fourniture de semences et fixer les prix des céréales destinées à l'ensemencement.

B. Avoine, orge et maïs

Art. 10. A moins d'autorisation spéciale du Département militaire suisse, il est interdit de transformer et d'employer l'avoine, l'orge et le maïs dans des buts industriels. L'emploi de ces denrées pour des usages de ce genre est contingenté. En vue d'obtenir l'attribution d'un contingent, les fabriques et consommateurs intéressés ou les associations dont ils font partie ont à présenter au Département militaire suisse une demande, en prouvant les quantités qu'ils employaient avant la guerre.

Le Département militaire suisse est autorisé à étendre, au besoin, ces dispositions à d'autres grains, comme l'engrain et le dori, ainsi qu'aux légumes à cosse et au malt.

Une autorisation spéciale n'est pas nécessaire jusqu'à nouvel ordre: a) pour l'utilisation de l'avoine et de l'orge en vue de la préparation des produits alimentaires indiqués dans l'annexe à l'arrêté du Conseil fédéral du 8 août 1916 sur les prix maxima des céréales et de leurs produits, lettre C, chiffres 2 et 3; b) pour la mouture du maïs, conformément à la décision du Département militaire suisse du 2 juillet 1917.

Art. 11. Tout producteur a l'obligation de déclarer aux autorités communales sitôt après la moisson, le rendement exact en avoine, en orge et en maïs (poids du grain battu).

Les communes vérifieront ces indications et communiqueront le chiffre total jusqu'à la fin du mois de septembre au gouvernement cantonal, lequel fera connaître au Département militaire suisse jusqu'au milieu du mois d'octobre la quantité récoltée dans tout le canton.

Les réserves dissimulées seront séquestrées par les communes au profit du canton qui en disposera.

Art. 12. Les cantons sont tenus de mettre à la disposition du Département militaire suisse, dans les quantités fixées par celui-ci, de l'avoine, de l'orge et du maïs récoltés sur leur territoire, pour subvenir aux besoins de l'armée et, le cas échéant, à ceux d'autres cantons.

Les gouvernements cantonaux ont le droit de réquisitionner, s'il le faut, l'avoine, l'orge et le maïs nécessaires à cet effet.

Art. 13. Les cantons édicteront des prescriptions en vue de restreindre dans la mesure du possible la consommation de l'avoine et d'en égaliser la répartition; ils sont tenus de prendre les dispositions nécessaires pour que les propriétaires de chevaux qui ne récoltent pas suffisamment d'avoine, par exemple les voituriers des villes, puissent se procurer celle qui leur est indispensable. Les cantons sont autorisés, au besoin, à réquisitionner de l'avoine dans ce but.

Art. 14. Il est permis d'acheter, pour son propre usage, de l'avoine, de l'orge et du maïs directement chez le producteur.

Art. 15. L'autorisation du Département militaire suisse est nécessaire pour l'achat de l'avoine, de l'orge et du maïs en vue de la revente (commerce de ces céréales) ou en vue de la fabrication de certains produits et de la vente de ceux-ci (voir art. 10, alinéas 3 et suiv.). Cette autorisation peut être limitée à certaines localités et peut être retirée en tout temps.

Cette autorisation n'est accordée, dans la règle, qu'aux associations et organisations de producteurs et de négociants ainsi qu'aux fabricants de produits alimentaires et généralement aux personnes et maisons qui jusqu'ici ont fait régulièrement le commerce de l'avoine, de l'orge et du maïs. Les associations et les organisations sont tenues de surveiller leurs membres. L'inobservation des prescriptions édictées par ces organisations ou par le Département militaire suisse entraînera le retrait immédiat de l'autorisation.

Art. 16. Toute personne autorisée à faire le commerce de l'avoine, de l'orge et du maïs ainsi que de leurs produits doit tenir d'une manière exacte des livres de contrôle et de comptabilité et donner aux organes de contrôle tous les renseignements nécessaires.

Art. 17. Pour l'achat et la vente de l'avoine, de l'orge et du maïs, à l'exception des semences, le prix auquel la Confédération fournit ces articles monopolisés est applicable comme prix maximum absolu, franco gare de destination.

Art. 18. Le Département militaire suisse est autorisé, d'entente avec le département de l'économie publique, à restreindre encore davantage, ou même à interdire temporairement le commerce de l'avoine et de l'orge.

C. Dispositions pénales et dispositions d'exécution

Art. 19. Celui qui contrevient aux dispositions du présent arrêté, aux prescriptions d'exécution ou à des dispositions particulières édictées par le Département militaire, le Département de l'économie publique, le commissariat central des guerres ou les cantons, ou qui élude ces dispositions ou prescriptions, est passible de l'amende jusqu'à 20,000 francs ou de l'emprisonnement jusqu'à trois mois. Les deux peines peuvent être cumulées.

La première partie du code pénal fédéral du 4 février 1853 est applicable.

Art. 20. La poursuite et le jugement des contraventions sont du ressort des cantons. Ceux-ci doivent surveiller, par l'intermédiaire de leurs organes, l'observation des prescriptions édictées par le Conseil fédéral, le Département militaire ou par le Département de l'économie publique.

Le Département militaire est autorisé à prononcer, en vertu de l'article 19 qui précède, pour contravention aux prescriptions ou aux dispositions particulières édictées par le Conseil fédéral, le Département militaire, le Département de l'économie publique ou le commissariat central des guerres, une amende jusqu'à 10,000 francs dans chaque cas particulier et contre chacune des personnes impliquées, et de liquider ainsi les cas de contravention, ou bien de déférer les inculpés aux autorités judiciaires compétentes. La décision par laquelle le département inflige une amende est définitive.

Le Département militaire peut faire procéder de lui-même à la constatation des faits dans les différents cas de contravention ou confier l'instruction aux autorités cantonales.

Art. 21. Les gouvernements cantonaux doivent communiquer immédiatement et sans frais au ministère public de la Confédération tous les jugements, décisions administratives ayant un caractère pénal et ordonnances des autorités de renvoi rendus sur leur territoire en vertu du présent arrêté (art. 155 de la loi du 22 mars 1893 sur l'organisation judiciaire fédérale).

Art. 22. Le Département militaire suisse est en outre autorisé, indépendamment du procès pénal, à retirer le permis d'exercer le commerce, pour une année au maximum, aux organisations, négociants et fabricants qui contreviennent aux prescriptions du présent arrêté ou à celles qu'ont édictées ou édicteront le Département militaire suisse, le Département de l'économie publique ou les cantons.

Pareilles décisions du Département militaire suisse peuvent être déférées, par voie de recours, au Conseil fédéral dans les trois jours qui suivent leur communication écrite.

Art. 23. Le Département militaire suisse est chargé de l'exécution du présent arrêté. Il peut déléguer certaines de ses compétences au commissariat central des guerres. Les gouvernements cantonaux feront contrôler rigoureusement l'exécution du présent arrêté; le Département militaire peut aussi, seul ou de concert avec les organes cantonaux, contrôler l'observation des dispositions qui précèdent.

Dans les cantons où ce contrôle n'est par exercé ou ne l'est pas suffisamment, le Département militaire suisse est autorisé à le faire exercer par ses propres organes, aux frais du canton intéressé.

Art. 24. Le présent arrêté entre en vigueur le 6 août 1917.

Vente du fourrage de Quaker

(Décision du Département militaire suisse du 18 juillet 1917.)

1° Le prix de vente du fourrage de Quaker par le Commissariat central des guerres est fixé, jusqu'à nouvel avis, à 48 francs les 100 kg. nets, ou bruts pour nets, franco station de l'acheteur. La vente n'a lieu que par wagons complets.

2° Les prescriptions du chapitre B de l'arrêté du Conseil fédéral du 8 août 1916 concernant les prix maxima des céréales, des denrées fourragères, du riz, du sucre et de leurs produits sont applicables pour la revente.

Pour la vente au détail par quantités inférieures à 25 kg., le prix maximum est fixé à 58 centimes le kg. net, ou brut pour net (emballage pour la marchandise), pris au magasin.

3° Cette décision entre immédiatement en vigueur et remplace celle du 19 août 1916 relative à la vente du fourrage de Quaker.

Annoncen-Regie: **PUBLICITAS A. G.**

Anzeigen — Annonces — Annunzi

Régie des annonces: **PUBLICITAS S. A.**

Besteingeführte **Schweizerfirma** der Dekorationsbranche im Baugewerbe, mit grossen Exportaussichten nach dem Kriege, sucht stillen oder aktiven

Teilhaber

mit einer Einlage von **50—100 Mille.** Gute Verzinsung mit Gewinnbeteiligung und event. Sicherstellung der Einlage. Offerten unter Chiffre **Z. A. 3226** befördert **Rudolf Mosse, Zürich.** (8884 Z) 1967.

Aktien-Gesellschaft „Union" in Biel (Fabrik in Meft)

Erste schweiz. Fabrik für elektrisch geschweisste Ketten. ✠ Patent Nr. 27199

Ketten aller Art

für industrielle und landwirtschaftliche Zwecke

Grösste Leistungsfähigkeit. Ketten von höchster Tragkraft

NB. Handelsketten nur durch Eisenhandlungen zu beziehen. (2 U) 61

A. G. Vereinigte Berner & Zürcher Chocolade-Fabriken Lindt & Sprüngli

Einladung

zur

ordentlichen Generalversammlung der Aktionäre

auf Mittwoch, den 22. August 1917, vormittags 11 Uhr im Sitzungszimmer des Restaurants Du Pont in Zürich

Bahnhofquai Nr. 7, I. Etage

Traktanden:

1. Vorlage des Protokolls der letzten Generalversammlung.
2. Vorlesen des Geschäftsberichtes über das Betriebsjahr 1916/17.
3. Bericht der Kontrollstelle.
4. Vorlage und Abnahme der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung per 31. März 1917 und Beschlussfassung über Verwendung des Gewinnsaldos.
5. Erteilung der Entlastung an den Verwaltungsrat und die Direktion.
6. Erneuerungswahlen in den Verwaltungsrat.
7. Erneuerungswahl des Präsidenten des Verwaltungsrates.
8. Wahl von zwei Rechnungsrevisoren und zwei Suppleanten.

Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Bericht der Rechnungsrevisoren liegen von heute an den Herren Aktionären im **Bureau der Gesellschaft** in der Fabrik in **Kilchberg** bei Zürich zur Einsicht auf.

Aktionäre, die an der Generalversammlung teilnehmen oder sich vertreten zu lassen wünschen, haben sich bis spätestens drei Tage vor derselben auf dem **Bureau der Gesellschaft** in der Fabrik in Kilchberg bei Zürich über ihren Aktienbesitz auszuweisen, wogegen ihnen eine bezügliche Bescheinigung ausgestellt wird. (3417 Z) 1949,

Zürich, den 31. Juli 1917.

Der Verwaltungsrat.

(2433 Z) 1333

Oeffentliches Inventar — Rechnungsruf

Ueber den Nachlass des am 29. Juni 1917 verstorbenen Herrn **Eduard Müller-Jaeggy,** Leinwandfabrikant in **Langenthal** (Kt. Bern), ist durch Verfügung des Regierungsstatthalteramtes Aarwangen in Langenthal die Durchführung eines öffentlichen Inventars bewilligt worden.

Gemäss Art. 582 Z. G. B. werden hiermit die Gläubiger des Erblassers sowie allfällige Bürgschaftsgläubiger aufgefordert, ihre Ansprüche **bis und mit 21. August 1917** beim Regierungsstatthalteramt Aarwangen in Langenthal schriftlich anzumelden. Nichtanmeldung von Forderungs- oder Bürgschaftsansprachen hat für die betreffenden Gläubiger den Verlust ihrer Rechte zur Folge (Art. 590 Z. G. B.).

Gleichzeitig werden auch die Schuldner des Erblassers aufgefordert, ihre Schulden innert der nämlichen Frist bei dem unterzeichneten Notar schriftlich anzumelden.

Forderungen oder Schulden an die Kommanditgesellschaft Müller-Jaeggy & Cie., vormals Gebrüder Müller sind ebenfalls einzugeben und als solche genau zu bezeichnen.

Massaverwalter: Herr **Fritz Wüthrich,** Prokurist in Langenthal. 1859:

Langenthal, den 17. Juli 1917.

Im Auftrage des Massaverwalters:
Walter Morgenthaler, Notar.

Wasserversorgungsanleihen der Gemeinde Herzogenbuchsee von Fr. 130,000.—

vom 31. Oktober 1895

An der am 1. August 1917 vorgenommenen 17ten Auslosung von 5 Schuldscheinen à Fr. 1000 wurden folgende Nummern gezogen:

126 22 128 54 44

Die Auszahlung findet auf 31. Oktober 1917 durch den Gemeindekassier in Herzogenbuchsee statt; die Verzinsung hört mit diesem Tage auf. (O F 3729 B) 1966.

Herzogenbuchsee, den 2. August 1917.

Der Gemeinderat.

Kranken- und Sterbekassen

Witwen- u. Waisen-Pensionskassen

1545 Amortisationspläne etc. berechnet und begutachtet

Rob. Stamm, Mathematisches Bureau, **Basel,** Frobenstrasse 67

Fabrique à vendre

Ecrire sous A 24305 L Publicitas S.A., Lausanne

Traductions

techn., jurid., commerc. Français, allem., angl., ital., espag., portug., russe. **Desvignes,** 23, Av. Gare, **Lausanne.** (3513L) 1929

Les **insertions** pour les **financiers commerçants et industriels** trouvent dans la **Feuille officielle suisse du commerce**

la publicité la plus étendue et la plus efficace

Régie des annonces **„PUBLICITAS"** Société Anonyme Suisse de Publicité

Buchführung

Ordne zuverlässig, rasch, diskret vernachlässigte Buchführungen, Inventur und Bilanzen, Bücherexpertisen, Einführung der amerik. Buchführung, nach praktischem System, mit Geheimbuch. Prima Referenzen. Komme auch nach auswärts.

H. Frisch, Neue Beckenhofstr. 15, 8: **Zürich VI.** (153 Z,

Geschäftsbücher

Extraanfertigungen liefert billig und in kürzester Frist 278:
C. A. Haab, Ebnat-Kappel.

Buchdruckerei POCHON-JENT & BÜHLER in Bern — Imprimerie POCHON-JENT & BÜHLER à Berne